

**Alfred Kieser**

### **Buchbesprechung Thomas Matys: Legal Persons – ‚Kämpfe‘ und die organisationale Form**

In diesem Buch wird geschildert, wie sich in den USA die juristisch verbindliche Vorstellung von der „Corporation“ als „legal person“ herausbildete. Es war dies das Ergebnis einer Reihe von Gerichtsprozessen, die von Matys identifiziert wurden und mit einem Blick für das Wesentliche rekonstruiert werden. Er interpretiert diese Gerichtsprozesse als Ergebnisse von Kämpfen um die ökonomische und gesellschaftliche Macht von „Corporations“ – Kämpfe, die keineswegs abgeschlossen, sondern noch in vollem Gange sind.

Dass die Organisation als eigenständiges Gebilde „losgelöst von konkreten unvertretbaren Subjekten existiert und selbst Träger von Handlungen, Rechten und Pflichten sein kann und insofern den Status einer Person erhält“, ist eine in Industriegesellschaften generell zu beobachtende Entwicklung, die aber in den Vereinigten Staaten, „die durch eine stark am menschlichen Individuum orientierte Weltauffassung gekennzeichnet waren und sind“, auf besondere Weise irritiert, wie der Soziologe Klaus Türk, der die dem Buch zugrundeliegende Dissertation betreute, in seinem Vorwort anmerkt. Diese Irritation kommt, wie Matys ausführt, nicht zuletzt zum Ausdruck in einer Protestbewegung, die das in den USA gültige Konzept der ‚legal person‘ heftig kritisiert, ja sogar skandalisiert. Corporations als legal persons hätten Bürger ihrer Rechte beraubt und sich selbst angeeignet, lautet der Vorwurf. Der Slogan „Reclaim Democracy!“ bringt zum Ausdruck, dass diese Entwicklung rückgängig gemacht werden müsse.

Auch in Deutschland gibt es Protest gegen das Konstrukt der Juristischen Person. Kritiker stoßen sich vor allem daran, dass Unternehmen für kriminelle Akte wie Bestechung zum Zweck der Auftragsbeschaffung oder Mithilfe von Banken bei Steuerhinterziehungen ihrer Kunden nicht vollumfänglich zur Verantwortung gezogen werden können, sondern nur diejenigen Manager, deren Schuld bei der Durchführung oder Anordnung solcher kriminellen Akte nachgewiesen werden kann – eine Problematik, die in dem besprochenen Buch, das sich explizit auf die USA konzentriert, nicht zur Sprache kommt.

Den Begriff der Organisation als korporativer Akteur gab es freilich schon, bevor Gerichte in den USA Entscheidungen fällten, die Einfluss auf die Macht dieser Gebilde hatten. Matys zeichnet den Prozess nach, der dazu führte, dass wir heute korporative Akteure oder Organisationen (das Unternehmen XY, die Universität YZ usw.) heute nahezu selbstverständlich „als Personen oder gar als (handlungsfähige) Subjekte“ (S. 46) betrachten. Die „Herstellung eines einheitlichen Gebildes“ hat für ihn „hohe Relevanz, denn es machte die anonymisierende Akkumulation von Reichtum, Macht und Wissen erst möglich.“ (S. 47) Diese Begrifflichkeit der Organisation ist die s. E. die am wenigsten beforschte, weshalb er sich ihrer vordringlich annimmt.

Er stellt ausführlich dar, wie sich das Gebilde Organisation sowohl in rechtswissenschaftlichen (Gierke, Savigny, Pufendorf, Samuels) als auch wirtschafts- (Chandler, North) und sozialwissenschaftlichen (Marx, Weber, Coleman, Luhmann, Nathan) Ansätzen herausbildete, indem es beschrieben wurde und Vorschläge zu seiner Interpretation und Ausgestaltung entwickelt wurden.

Im Anschluss an diese Analysen zur Konstruktionsgeschichte der organisationalen Form geht Matys ausführlicher auf die aktuelle Corporations-kritische Bewegung in den USA ein und auf „Kämpfe und Etablierungen zwischen 17. und 19. Jahrhundert“ (S. 104), denen diese Bewegung ihre Entstehung verdankt. Die bekanntesten Protagonisten der Corporation-kritischen Bewegung sind Thom Hartman und Ted Nace, deren Wirken Matys ausführlich würdigt. Hartmann geißelt den „Raub von Menschenrechten“ durch Corporations, die durch die Verleihung einer „corporate personhood“ erst möglich wurde. Dieser sei rückgängig zu machen, denn durch ihn hätten Corporations eine die

Demokratie gefährdende Machtfülle akkumuliert. Nace argumentiert, das politische und das juristische System hätten Corporations zur Etablierung machtvoller internationaler Governance-Strukturen verholfen, die es ihnen ermöglichte, als „Gangs of America“ (so der Titel seines populären Buchs) weltweit Ausbeutungs-Feldzüge zu organisieren. Zentrale Forderungen der Corporations-kritischen Bewegung sind: Aufhebung des Urteils des Obersten Gerichtshofs, demzufolge Corporations eine verfassungsrechtlich geschützte „freie Rede“ – bspw. in Form von Wahlkampfspenden – zusteht, Schutz der Bürgerrechte vor korporativen Anmaßungen sowie Stärkung und Durchsetzung der Gesetze gegen korporative Kriminalität. Matys stellt die wichtigsten Corporations-kritischen Organisationen in den USA mit ihren Aktivitäten dar.

Er versucht zu ergründen, welche Entwicklungen letzten Endes die aktuelle Protestbewegung hervorgebracht haben. Eine Saat wurde seines Erachtens bereits von den Überseehandelsgesellschaften des britischen Commonwealth im 17. Jahrhundert gelegt, unter denen die East India Company die bekannteste ist und die als Prototypen der modernen Organisation angesehen werden können. Versuche des britischen Parlaments, Steuern in ihrer nordamerikanischen Kolonie zu erheben, lösten Aufrufe zum Importboykott, Massendemonstrationen, einen blutigen Zusammenstoß mit britischen Ordnungstruppen – das Boston Masacre – aus und mündeten schließlich in die Boston Tea Party, welche schließlich die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten herbeiführte. Die Unabhängigkeit der USA wurde also gegen Organisationen erkämpft, die die britische Kolonialmacht repräsentierten. Verschiedene Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begünstigten die Bildung mächtiger Corporations: das innovative Fabrikssystem ermöglichte die Beschäftigung un- und angelernter Arbeiter, was in Verbindung mit dem technischen Fortschritt zu „einer neuen, dem Konkurrenzkapitalismus entgegengesetzten Gestalt der kapitalistischen Produktionsweise“ führte, die sich „hauptsächlich durch Konzentration, Monopolisierung und Organisation der kapitalistisch verfassten Ökonomie“ (S. 117) auszeichnete. Die Monopolisierung wurde vor allem durch Trusts, d. h. Zusammenschlüsse mehrerer Unternehmen unter Aufgabe ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Selbständigkeit vorangetrieben. 1904 besaßen 318 Unternehmen 40 Prozent des Anlagevermögens der USA. Monopolistische Trusts entstanden in der Eisenbahn-, Erdöl-, Stahl-, Textil- und Elektroindustrie. „Insgesamt führten Industrialisierung, Urbanisierung und sozioökonomischer Wandel zwischen 1880 und 1910 zu einer qualitativen Neubestimmung zentraler Elemente des Organisationsprinzips der Gesellschaft: Die wachsende Bedeutung des technischen Fortschritts, verschärfte Konkurrenzbedingungen und massive Kapitalkonzentration verschaffen einerseits einer zunehmend organisationsförmig angeordneten kapitalistischen Ökonomie erhebliche Machtzuwächse. ... Andererseits formieren sich Protestaktionen der Arbeiterbewegung und Gewerkschaften.“ (S. 121) Die skizzierten Entwicklungen bildeten, wie es Matys sieht, den Kontext der Gerichtsprozesse, die die Macht der Corporations dramatisch erhöhten, aber auch Protestbewegungen initiierten.

In seiner Analyse von Gerichtsurteilen zeigt Matys, dass Organisationen im Rahmen des in den USA so bedeutenden Richterrechts im Verlaufe der letzten 200 Jahre die zentralen Rechte der Zusatzartikel der US-amerikanischen Verfassung wie bspw. das Recht auf einen ordentlichen Gerichtsprozess, das Recht auf freie Meinungsäußerung (was das Recht auf Parteispenden inkludiert) oder das Recht, nicht zweimal wegen desselben Delikts verklagt werden zu können, per Gerichtsurteil zugesprochen bekamen. Damit trugen Gerichte der USA, hauptsächlich der Supreme Court, erheblich dazu bei, so genannte „corporate rights“ zu verankern, indem die beiden zentralen privatrechtlichen Elemente marktwirtschaftlicher Systeme, nämlich Privateigentum und Vertragsfreiheit, zu auch für Corporations gültigen Grundrechten erhoben wurden. Damit ist, wie Matys ausführt, ein grundsätzliches Spannungsverhältnis zwischen dem konstituierenden Recht (das konkret dem Supreme Court obliegt) und konstituiertem Recht (d. h. den Corporations gewährtem

Recht) gekennzeichnet, dessen „Spannung“ darin besteht, dass das konstituierende Recht stets mit dem Gewaltmonopol des Staates verbunden ist, denn nur der Staat kann Rechte gewähren. Viele staatliche organisationsförmige Einheiten verlieren Macht, während viele nicht-staatliche organisationsförmige Einheiten – Corporations etwa – erhebliche Machtzuwächse verzeichnen.

Den Zusammenhang zwischen Kontext und Gerichtsentscheidungen stellt Matys her, indem er „die Gerichtsfälle dahingehend analytisch [ordnet, dass man sie] bestimmten historischen Epochen innerhalb der US-amerikanischen Geschichte zuordnet.“ (S. 195) So ordnet er viele der von ihm analysierten Gerichtsfälle einer Epoche zu, die er die „Progressive Era“ nennt und die etwa von 1870 bis 1930 reicht. Er schlussfolgert: „In dieser Epoche stand die Rechtsprechung des Supreme Court ganz im Zeichen eines ausgeprägten laissez faire-Liberalismus, der Eigentums- und Freiheitsrechte möglichst weitgehend vor staatlichen Eingriffen zu schützen versuchte.“ (S. 195) Er findet, dass die dieser Ära zugeordneten Fälle seine Interpretation „belegen“, indem „sie zwar allesamt durch Kämpfe und Konflikte zwischen Staat und v. a. ökonomischen Organisationen gekennzeichnet sind, allerdings den Corporations nicht nur in fast jedem dieser Fälle die nötigen Freiräume gelassen wurden, ihre Aktivitäten auszuführen, sondern dies ... zusätzlich noch vermittels der Gewährung von Grundrechten [realisierten], die diese Aktivitäten gleichsam legitimieren konnten.“ (S.195)

Die an die progressive Epoche anschließende ist die des „New Deal“, die durch ökonomische Stagnation gekennzeichnet war. Matys findet nur wenige Gerichtsfälle mit Corporations- bzw. Grundrechte-Bezug in dieser Epoche und begründet dies etwas lakonisch damit, dass „einfach andere Themen die gesellschaftliche Agenda beherrschten“ (S. 197).

Im Hinblick auf die jüngste, die aktuelle Epoche formuliert Matys die These, dass Organisationen ihre Macht steigern, indem sie ihre Fertigkeit ausbauen, „Auseinandersetzungen im politisch-juristischen Raum professionell führen zu können“ (S. 198). Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Streit um die Rechtmäßigkeit des Betriebes des von Google angebotenen Internetdienstes „Street View“ und wirft die Frage auf: „Warum soll Google das (Eigentums-)Recht haben, also das Recht haben, als Organisation etwas tun zu dürfen, nämlich Videoaufnahmen von Straßen, Häusern, Plätzen und eben auch Menschen zur Veröffentlichung bereitzustellen, während Menschen im Gegenzug nur begrenzte Chancen haben, dies zu verhindern?“ (S. 198)

Im letzten Kapitel diskutiert Matys mögliche Anknüpfungen der Forschung an seine Arbeit. U. A. kommt er dabei auch auf „corporate crime“ zu sprechen. Er entwickelt aber keine Vorschläge, sondern zeigt lediglich auf, wie sich die Forschung mit diesem Thema beschäftigen könnte: „Kennzeichnen ... geheime Preisabsprachen, Unterlagenunterschlagung oder Verwendung öffentlicher Gelder für ‚private‘ organisationale Zwecke durchaus Kriminalitätstatbestände, so verweist doch die Frage der ‚korporativen sozialen Verantwortlichkeit‘ vor allem darauf, dass die ‚Durchgriffsfrage‘ alles andere als insgesamt geklärt zu sein scheint: Die international entfaltete Debatte über Managementhaftung beantwortet leider nicht immer eindeutig, ... auf wen denn eigentlich ‚durchgegriffen‘ werden soll ...“ (S. 206)

Meines Erachtens wäre es für den Leser in diesem Zusammenhang durchaus interessant zu erfahren, dass in den USA die Unternehmensstrafbarkeit bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeführt wurde. Der Kongress antwortete mit dieser Maßnahme auf die neuartige Konzentration ökonomischer Macht von Unternehmen sowie auf Gefährdungen der Gesundheit der Bevölkerung sowie der allgemeinen Sicherheit. Im Bundesrecht folgt die Strafbarkeit von Unternehmen dem Grundsatz *respondeat superior*, der besagt, dass die übergeordnete Einheit für Fehlverhalten ihrer Mitglieder verantwortlich ist. In der neueren juristischen Diskussion wird darauf hingewiesen, dass in den Augen der Öffentlichkeit eine Strafflosstellung von Unternehmen deren Immunität bedeute.

Würden Wirtschaftsunternehmen straflos gestellt, verstoße dies gegen wichtige soziale Normen und verursache erhebliche Kosten für die Legitimität des Rechtssystems.

In der Rekonstruktion der historischen Entstehung des Begriffs Organisationen arbeitet Matys eine Reihe von Zusammenhängen heraus, die von bisherigen Versuchen dieser Art nicht registriert worden sind. Auch die Rekonstruktion von Gerichtsurteilen zu Corporations als *legal persons* in den USA, die die Machtentfaltung von Corporations ermöglichten, beeindruckt – vor allem auch durch das Aufzeigen der jeweiligen Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung. Als gelungen stuft der Rezensent auch die Schilderung des historischen und aktuellen Kontextes ein. Etwas weniger gelungen erscheint dem Rezensenten indes die Nutzung des Kontextes als Erklärungshintergrund für die in den Gerichtsurteilen sich abzeichnenden Entscheidungstendenzen. Überzeugend fällt dies lediglich für die erste, die „progressive Era“ aus. Manchem Leser dürfte die Art und Weise des Einsatzes des die Arbeit leitenden theoretischen Bezugsrahmens, „welcher diese [die in der Arbeit herausgearbeiteten] Thesen entfaltet und vertieft“, nämlich „der herrschaftssoziologische Ansatz der ‚Kritik der politischen Ökonomie der Organisation‘“ (S. 27) etwas dogmatisch erscheinen.

Insgesamt: eine sorgfältige Analyse der Entstehung der Organisation als juristische Person mit besonderer Betonung der Entwicklung in den USA, die in der bundesrepublikanischen soziologischen Diskussion nun vielleicht die Beachtung findet, die sie verdient.